Ausgabe für Groß-Berlin

10 Pfennig

Deutsche Allgemeine Zeitung

Berlin, 30. Juli 1925
Donnerstag Abend

Chefredakteur: Prof. Dr. Paul Lensch. Schriftleitung und Verlag Berlin SW 48, Wilhelmstraße 30-32. Fernsprecher: Amt Nollendorf 4788—98, 5980—88. Postscheck Berlin Nr. 107941. Die „DAZ" erscheint Sonntags u. Montags einmal, sonst zweimal täglich. Monatl. Bezugspreis 4,85 R.-M. in Berlin durch Boten.

Norddeutsche Ausgabe

Bank-Konto: Darmstädter und Nationalbank, Depositenkasse Berlin SW 68, Friedrichstrasse 46. Bei unverschuldeter Nichtlieferung besteht kein Anspruch auf Vergütung. Anzeigenpreis 0,50 R.-M. je 33 mm breite Millimeter-Zeile. — Bedarfsanzeigen nach besonderem Tarif. —

64. Jahrgang
30. J. A. Nr. 355 10 Pfennig
Berlin - Frankfurt/M.

MFA Mikrofilmarchiv der deutschsprachigen Presse e.V.

Die Paktverhandlungen.

Die neuen Instruktionen Chamberlains.

a. **Paris**, 30. 7. (Eigenbericht.)

Die verantwortlichen Pariser Stellen, die sonst gleichlich mittteilsam sind, zeigen sich über die gegenwärtigen Paktverhandlungen auffallend schweigsam. Besonders über den Inhalt der von dem englischen Botschafter überwittelten neuen Instruktionen Chamberlains wird das strengste Geheimnis bewahrt. Es verlautet nur, daß Briand und seine Berater gestern die Londoner Mitteilungen eingehend besprochen haben und daß diese Beratungen heute fortgesetzt werden sollen. Weniger zurückhaltend zeigt man sich hier in bezug auf die vom „Daily Telegraph" verbreitete Nachricht, daß mit Caillaux zusammen Briand noch London fahren werde. Obgleich eine Bestätigung dieser Meldung noch ausbleibt, scheint sie doch richtig zu sein. Ihr Auftauchen erklärt sich daraus, daß die Verhandlungen über die rein juristischen Fragen zum Abschluß gelangt sind; es handelt sich nun um die Regelung der politischen Sachfragen, die ohne eine mündliche Aussprache offenbar nur schwer möglich ist.

Da Chamberlain in den früheren Stadium der Verhandlungen in Paris war, wäre jetzt die Reise des Briand, zu diesem Zweck nach London zu fahren. Es wird damit gerechnet, daß Briand diese Reise mit derjenigen Caillaux' verbinden wird, also bei dieser Gelegenheit in London eine Konferenz zur gleichzeitigen Regelung der

politischen und finanziellen Beziehungen

zwischen den beiden Ländern durchführen wird, wobei natürlich beide Fragen nicht nur getrennt, sondern auch sachlich miteinander verbunden werden. Ein Zeitpunkt für die Reise ist bisher noch nicht festgesetzt worden. Da jedoch die in Gang befindlichen Schuldenverhandlungen in etwa acht Tagen beendet sein dürften, wird angenommen, daß die Ministerjahresmonatsruhe

in der zweiten Augustwoche

erfolgen könnte. Eine Frage, die Beachtung verdient, ist die, ob diese mündlichen Verhandlungen, soweit sie den Pakt zum Gegenstand haben, sich nur mit der an die Deutsche Regierung zu sendenden Antwort befassen werden, oder ob, wie vor einigen Tagen in Pariser Blättern angedeutet worden ist, der Paktentwurf schon bereits zwischen den beiden Regierungen festgelegt werden soll. Vorläufig wird aber, wie gesagt, am Quai d'Orsay lebhaft erklärt, daß Briand einen Beschluß hinsichtlich der Reise nach London noch nicht gefaßt habe.

*

Die Einsetzung einer deutschen Kommission zur Prüfung

der Entwaffnungsfrage

wird weiterhin in der Pariser Presse als ein günstiges Zeichen für die weitere Entwickelung der Dinge betrachtet. Die Blätter führen im allgemeinen aus, daß man zwar zunächst die Vorschläge der Kommission abwarten müsse, daß aber jedenfalls ein wichtiger Schritt getan sei. Wenn man sich einmal über diese Frage geeinigt haben werde, sagt das „Oeuvre", so wird sehr viel sicherer Wille notwendig sein, damit man sich nicht auch über alles andere verständigt. Unzufrieden zeigt sich lediglich das „Journal", das der ganzen Verständigungspolitik feindlich gegenübersteht.

Caillaux über die Finanzlage.

a. **Paris**, 30. 7. (Eigenbericht.)

Finanzminister Caillaux gab gestern abend den Vertretern der Presse eine recht optimistische Darlegung über die letzte Entwicklung der französischen Finanzlage. Caillaux wies auf eine ganze Reihe von Anzeichen hin, die für eine günstige Wendung der Verhältnisse sprechen, vor allem auf die fördnige Aufsteigbewegung der französischen Staatsanleihen und auf die letzten Wochenausweise der Bank von Frankreich. Auch die kurzfristigen Nationalbons, die im laufenden Monat zur Einlösung gelangten, weisen eine erhebliche Verminderung auf. Die Bewegung der Staatsbank zeigten in der letzten Woche eine Abnahme von 450 Millionen Franken und der heute fällige Nationalbon wird einen weiteren Abfreich von 150 Millionen Franken aufweisen. Ueber die Ergebnisse der Goldanleihe liegen noch keine Ziffern vor, aber in amtlichen Kreisen ist man überzeugt, daß auf die zehn Milliarden, also etwa die Hälfte der im Umlauf befindlichen Bons zur Einlösung gelangen werden. Es verteilt sich von selbst, daß die obigen Erklärungen Caillaux als ein Teil der Anleihepropaganda zu betrachten sind, womit jedoch nicht gesagt sein soll, daß nicht tatsächlich seit seiner Amtsübernahme eine erhebliche Erleichterung und Stabilisierung der Finanzen eingetreten ist.

Der neue Gouverneur von Indochina

a. **Paris**, 30. 7. (Eigenbericht.)

Zum Gouverneur von Indochina wurde der sozialistische Abgeordnete und Vizepräsident der Kammer, Alexander Varenne, ernannt. Varenne, der im 55. Lebensjahre steht, ist von Beruf Rechtsanwalt, kam über die Journalistik in die Politik und wurde 1906 zum ersten Male in die Kammer gewählt. Er befaßte sich hier eingehend mit Budgetfragen, besonders auch mit den Kolonialbudgets.

Die Räumung Essens.

Essen, 30. 7. (W. T. B.)

Die Räumung Essens hat den Besatzungstruppen dauert an. Die beschlagnahmten 350 Wohnungen von zwei bis fünf Räumen sind an die Stadt zurückgegeben worden. Die Mieter ist abgegangen, ebenso die Beamten. Belegt sind nur noch kleinere Teile der Schupounterkunftsräume, die Kreispartei, in der sich der Crispkommando befindet, das Gebäude des Bergbaulichen Vereins, das von dem Divisionsstab benutzt wird.

Rom, 30. 7. Die Bermählung der Prinzessin Mafalda mit dem Prinzen Philipp von Hessen wird voraussichtlich am 23. September stattfinden.

Ottawa, 30. 7. (Sonderbericht der DAZ.) Der Führer der Regierung im Senat Danburand, Innenminister Stewart und der Oberkommissar in London Lavine werden Canada auf der nächsten Völkerbundstagung in Genf vertreten.

Die englische Arbeitskrise.

Die gestrigen Verhandlungen ergebnislos verlaufen.

ts. **London**, 30. 7. (Eigenbericht).

Die Differenz im Kohlenbergbau ist durch die gestrigen Verhandlungen nur wenig gehoben. Die Arbeiter haben von neuem erklärt, eine Verminderung der Löhne oder eine Verlängerung der Arbeitszeit käme nicht für sie in Frage. Es ist auch gar nicht, wie man nur ursprünglich gehofft hatte, gelungen, die beiden Parteien an einen Tisch zu bringen, sondern man hat sich mit Mittelmännern und schriftlichen Angeboten behelfen müssen. Auf diesem umständlichen Wege nahmen die Verhandlungen den ganzen gestrigen Tag in Anspruch.

Die Unternehmer haben einen scharfen Protest gegen die Kohlenuntersuchungskommission losgelassen, der sie den Vorwurf machen, daß sie sich gesträubt habe, etwas gegen die ohnehin Partei, nämlich die Arbeitnehmer, zu sagen. Ein Vorwurf, der berechtigt sein dürfte, wie überhaupt der Bericht der Kommission in wesentlichen Teilen sehr anfechtbar ist. Weiter machen sie der Kommission den Vorwurf, daß das von ihnen vorgebrachte Material in wichtigen Teilen ignoriert worden sei und daß die Kommission der Regierung selber völlig falsch im Bericht dargestellt seien. Die Frage der

Produktivität der Industrie

sei gar nicht in das Untersuchungsgebiet der Kommission gefallen. Sie hätte über diese Dinge auch gar keine Fragen gestellt und diese seien tatsächlich Kenntnisse, um ein Urteil darüber abzugeben.

Immerhin haben sich die Unternehmer, und zwar offenbar auf Drängen Baldwins, entschlossen, das Angebot eines nationalen Minimallohnes zu machen, aber dieses war nun natürlich sehr niedrig und müßte, wie die Unterschrift mit Recht ausführte, von den Arbeiter viel ungünstiger auffallen, als der Durchschnitt minimaler Prozentsätze in differenzierter Regelung. Die Arbeiter antworteten, daß sie eine Diskussion ablehnen müßten. Die Unternehmer versuchten nun anschließend an diese neuerliche Feststellung der Arbeiter zur Fortsetzung der Arbeitsniederlegung zu bewegen, offenbar um noch einmal Klarheit über die Situation zu schaffen. Sie erklärten, daß ihre Lohnvorschläge zu angeboten seien auf unveränderter Arbeitszeit und daß sie bei ihren Lohnbedingungen ergänzt werden könnten, wenn eine

Verlängerung der Arbeitszeit

bewilligt würde. Sie stellten ferner den Arbeitern in Aussicht, daß jeder Gewinn, der im Anspruch unter neuen Arbeitsbedingungen etwa an die Unternehmer fallen sollte, von ihnen zu Lohnzufschlägen verwandt werden sollen. Die Antwort der Bergarbeiter war, daß sie die Frage der Arbeitszeit nicht diskutieren könnten. Was die Drosselung von Gewinnen im August anbetrifft, die die Bergwerksbesitzer vorgeschlagen hätten, so sei es möglich, den Arbeitern gewisse Vorteile zur Ueberwahme dauernder Nachteile zu versprechen.

Baldwin, der gestern den ganzen Tag in Verhandlungen bald mit der einen, bald mit der anderen Partei verbrachte, wird seine Bemühungen heute fortsetzen. Er verbandelte noch gestern abend 11 Uhr mit der Unterschusskommission und den Gewerkschaften, die die Streikfrage behandelt. Bis 11 Uhr abends waren Ausschüsse auf eine gemeinsame Konferenz der Bergwerksbesitzer und Arbeiter nicht vorhanden. Man vertagte sich dann auf heute morgen. „Daily Herald" schreibt, Baldwin habe die Lage entschieden nicht erkannt, und glaube noch immer nicht, daß die Arbeiter wieder über Arbeitszeit und über Arbeitslohn verhandeln wollten. Dagegen hat die Sonderkommission der Gewerkschaften ihrerseits ein Manifest herausgegeben, das kündet: „Niemals in der Geschichte der modernen Arbeiterbewegung ist die Arbeiterschaft erregter und ihr Widerstand stärker gewesen, als gegenüber den bevorstehenden Angriffen auf ihren Lebensstandard in den größten Industrien des Landes. Das Gefühl ist allgemein, daß eine Niederlage der Arbeiter in den gegenwärtig geführten Verhandlungen andere Angriffe auf andere Zweige der Arbeit haben werden. Es besteht kein Zweifel, daß das ganze Land hinter den Bergarbeitern steht."

Heute gehen die Transportarbeiter und Eisenbahnergewerkschaften ihre Instruktionen zur Verhinderung von Kohlentransporten heraus, über deren Form sie sich gestern geeinigt haben.

In den Anthrazitgruben in Wales, wo 22 000 Arbeiter streiken, ist es zu schweren Ausschreitungen gekommen.

Französischer Vertragsbruch.

Die französische Regierung hat das Abkommen gebrochen, das zwischen ihr und der deutschen Handelsvertragsdelegation getroffen worden ist, als man die Handelsvertragsverhandlungen im vergangenen Herbst zu vertagen beteiligte. Wie seinerzeit gemeldet, verpflichteten sich damals die deutsche wie die französische Regierung, in der Zwischenzeit bis zur Wiederaufnahme der Handelsverhandlungen keine zollpolitischen Unfreundlichkeiten gegeneinander zu begehen, d. h. zu keinen Maßregeln zu greifen, die ausschließlich gegen den Verhandlungspartner gerichtet sollen. Es ist also ein glatter Vertragsbruch, wenn jetzt die französische Regierung gemäß Mitteilung im „Journal Officiel" Haltung der Kohlen, die bestimmt, der deutsche Stein- und Braunkohlenexport nach Frankreich lizenzpflichtig gemacht werden soll, daß also natürlich außerhalb der Reparationskohlenlieferungen deutsche Kohle in Frankreich nur noch importiert werden darf mit ausdrücklicher, für jeden Einzelfall einzuholender französischer Genehmigung. Das ist eine einseitige gegen Deutschland gerichtete zollpolitische Unfreundlichkeit, die noch dadurch verschärft wird, daß diese französische Verordnung droht in schwebende, den Kohlenexport betreffende deutsch-französische Verhandlungen hineinplatzt.

Eigener Nachrichtendienst und „London Times News Service"

Gegen wen rüstet England?

58 Millionen Pfund für das neue Flottenbauprogramm.

London, 30. 7. (W. T. B.).

Im Verlauf der gestrigen Erörterungen der Flottenvorschläge im Unterhaus erklärte der Parlamentssekretär der Admiralität, Davidson, das Schlachtschiff „Nelson" werde gegen Ende des Jahres fertiggestellt werden und das Schlachtschiff „Rodney" voraussichtlich im April 1927. Zwei der in dem Flottenbauprogramm der Regierung vorgesehenen fünf Kreuzer würden im Mai 1927 fertiggestellt sein, und die drei anderen wahrscheinlich im Oktober des gleichen Jahres. Der Bau der geplanten Minenleger und Zerstörer würde im Juni nächsten Jahres beendet sein. Die geforderten Kredite inbezug von

rund 58 Millionen

Pfund Sterling seien die Gesamtsumme für das ganze Programm. Diese Summe enthalte alles, d. h. Geschütze und Munition und stelle die Gesamtkosten der neuen Schiffe dar.

In der Aussprache erklärte Mac Donald, einer Regierung, welche heute 58 Millionen für den Bau von Kriegsschiffen fordere, und die nach vor wenigen Tagen erklärt habe, es sei ihr unmöglich, ein Kriegsbudget dieser Art zu bilden und die in dem Pensionsgesetz vorgelegenen Mentzen zurückzuziehen, müsse das Vertrauen des Parlamentes ausgesprochen werden. **Vielmehr werde denn die Gefahr für die britische Nation, gegen die das Flottenprogramm der Regierung Vorkehrungen treffen solle?** Während der nächsten zehn oder zwölf Jahre sei keine Entwicklung der politischen Lage zu erwarten, bei einem Krieg notwendig oder unvermeidlich machen würde. Niemand werde zu sagen wagen, daß

Amerika oder Japan

die möglichen Feinde seien; und soweit Frankreich in Betracht komme, sei — wenn sich irgendjemand vorstelle, daß Frankreich der mögliche Feind sein könne — das Problem nicht Heeres, sondern ein Luftflottenproblem, oder — um genauer zu sein — ein Problem der Koordinierung der Luftstreitkräfte. Wenn, wie es drohe England eine Gefahr, so sei seine Aufgabe, ein gegenwärtiges Augenblick mehr als genügend, um einen solchen Gedanken zu begegnen. England baue zwei Schlachtschiffe eines Typs, wie die seine andere Macht besitze, es habe 49 moderne Kreuzer, von denen Japan, soviel er (Macdonald) wisse, nur achtzehn besitze. Wo sei also die Gefahr, und wo die Notwendigkeit einer erhöhten Rüstung? Es bestehe keinerlei Zweifel, daß die Admiralität in der Frage des Neubauprogrammes Ernst Wissen gegen den Ersatzplan Chejnes in der Hand habe. Bei der Frage der geplanten Neubauten etwa, die Flotte auf einen Einmächtestandard zu bringen? **Wenn das der Zweck sei, so stehe das Programm der britischen Kommaliität eine Aufforderung an andere Nationen zu einem**

Rüstungswettbewerb

bedeuten. Wie werde das Flottenbauprogramm auf den Plan einer Abrüstungskonferenz wirken? Keine Regierung, die eine solche Abrüstungskonferenz aktiv fördern wolle, dürfte im gegenwärtigen Augenblick auch nur eine Zonne sinken. Mac Donald beantragte schließlich die Verminderung der Bewilligung für den Kriegsschiffsbau, da keinerlei Gefahr das vorgelegte Programm rechtfertige, mit dem die Regierung die Friedensmöglichkeiten gefährde.

Auch Lloyd George erklärte, es bestehe keine Gefahr in Europa, die das Regierungsprogramm rechtfertige. Erwarte die Regierung, so fragte Lloyd George weiter, irgendeine gefährliche Entwicklung im Osten Asiens in den nächsten zehn Jahren, durch die die Vereinigten Staaten nicht weit mehr betroffen sein würden? Lord George nahm dann Bezug auf die Frage des Flottenbauprogrammes in der ausländischen Presse und sagte, es sei unerlaßlich, Abrüstung zu treiben, wenn die Regierung in einer Hand und einem Auftrag von 58 Millionen Pfund für den Bau von Kriegsschiffen in der anderen Hand. Das gefährde das

moralische Prestige

Großbritanniens.

Auch Lloyd George nahm der Schaplerkäufer Churchill das Wort und erklärte, das Flottenprogramm verlange nicht mehr, als was jeder vernünftige Mann als notwendig für die Verteidigung des Stellung Englands zur See anziehen könne. Es gebe keine auswärtige Nation, die eine Gefährdung des Kriegsmarines bedrohe. Die deutsche Flotte liege auf dem Boden Scapa Flow. Die Weltmacht sei friedlich, und die Flotte sei ein Mittel, aber einen Zusammenhang sei ferner als je. Es sei fast unbedarbar, daß England in einen Konflikt mit irgendjemand hineingezogen werde. Die einzige Bedrohung sei, daß die Flotte verlalte. Er sei ein starker Anhänger des Einmächtestandards und halte es für unerläßlich, daß dieser immer unterstützt. Das bedeute keine Bedrohung der bitterstsen Stellung des britischen Reiches. Wenn die Sicherheit Englands durch die Flotte zu erhalten, die keiner Flotte der Welt unterlegen sei.

Der konservative Abgeordnete Admiral Sueter nahm Bezug auf mögliche Gefahren, die daß neue Flottenprogramm notwendig machen könnten, und fügte hinzu, seitdem die Vereinigten Staaten das sogenannte

Gentlemen-Abkommen

preisgegeben hätten, fühle sich Japan verletzt und sei der Ansicht, daß Japan sich gleichberechtigte Nation behandelt werden müßten. Die Japaner hätten den Besuch der amerikanischen Flotte in Australien nicht gerne gesehen. Jederzeit könne eine Reibung zwischen Amerika und Japan entstehen, und England könne alsdann in den Konflikt hineingezogen werden, in der gleichen Weise, wie Amerika in den Konflikt hineingezogen werden könnte. Auf das französisch-amerikanische Bauprogramm bezugnehmend erklärte der Admiral, daß ein französischer Sieg bedeuten würde, daß ein französischer Schlachtschiffsyp ein.

Es wurde dann der Antrag Ramsay Mac Donalds, den Flottenetat herabzusetzen, mit 267 gegen 140 Stimmen abgelehnt.

Der Erste Lord der Admiralität, Bridgeman, bezeichnete die richtige Armeepolitik diejenige sei, die die Sicherheit gewährleiste, nicht aber eine solche Politik, die eine Kriegsgefahr zu bieten oder fernere Zwecke ins Auge faßte. Die Regierung sei vollkommen bereit, Vorschläge betreffend Abrüstung mit den anderen großen Seemächten zu erörtern, und sie würde dies schon morgen tun, vorausgesetzt, daß die Sicherheit des Reiches nicht beeinträchtigt werde.

Bagdad, 30. 7. (W. T. B.)

König Feisal wird nächste Woche seine Reise nach London antreten, um Spezialärzte wegen seines Gesundheitszustandes zu befragen. Großes Geheimnis wird um den Besuch des europäischen Fachtarzes Elsaß abgutatten.

Polen und der Garantiepakt.

Eine Rede des polnischen Außenministers in Amerika.

Williamstown (Mass.), 30. 7. (W. T. B.)

Im Institute of Politics hielt der polnische Außenminister Graf Strzynski einen Vortrag über die Sicherheitsfrage, in dem er u. a. ausführte, jeder Beschränkung der Macht macht Polens müsse die Regelung der Sicherheitsfrage für Polen vorausgehen. Der deutsch-russische Sicherheitspakt müsse sich auch auf die polnisch-deutschen Grenzen erstrecken. Polen habe bereits eigenmal den Versuch gemacht, die Rüstungsfrage vor die Sicherheitsfrage zu stellen, und dieser Versuch sei fortspielig gewesen. Diese Erfahrung habe Polen im 18. Jahrhundert gemacht. Polens Glaube daran, daß die Niederlegung der Waffen dem Frieden zugute kommen werde, sei stark gewesen, ein anderes Land habe sich jedoch auf Polen gestürzt. Heute sei keine Rede mehr von einem sieghaften Kriege in Europa: ein neuer Krieg würde vielmehr die Zivilisation vernichten. Allmählich müsse jetzt zunächst auf die Regelung der Sicherheitsfrage und alsdann auf eine Beschränkung der Rüstungen hingearbeitet werden. Der deutsch-französische Sicherheitspakt dürfe erst nach dem Eintritt Deutschlands und anderer Länder in den Völkerbund abgeschlossen werden, dieses aber nicht vorausgehen. Unter sei Moskau heute einem Vorschlage zum Eintritt in den Völkerbund nicht günstig gesinnt, und es sei daher zweifelhaft, ob man mit Rußland über diese Frage zu verhandeln. Hinsichtlich der deutsch-polnischen Grenze müsse gesagt werden, daß jedes Abkommen, das nur eine Grenze garantiere, die Frage einer anderen Grenze haggen ungelöst lasse, zum Krieg und nicht zum Frieden führe. Auch dem Eingreifen der Vereinigten Staaten gebe es jetzt in Europa keine deutsche Gefahr mehr, doch könne Polen freundliche Beziehungen zu diesem Nachbarstaat nicht sogleich herstellen, weil Deutschland Gebietsreste beanspruche, die früher zu Deutschland gehört hätten, die jedoch immer polnisch gewesen seien. Polen sei nicht gewillt, Oberschlesien oder die Ansprüche auf den Danziger Korridor aufzugeben.

Neuer Mord polnischer Soldaten.

Moskau, 30. 7. (Meldung der Russischen Telegraphen-Agentur.)

Während einer Inspektion an der Grenze des Bezirks Jampol wurde der Kommandant der sowjetrussischen Grenztruppe von polnischen Grenzsoldaten ermordet. Die Tat erfolgte nach Ueberschreitung der Schienge durch die polnischen Soldaten, die alsdann die Leiche verschleppten. Erst später wurde die Leiche den Sowjetbehörden ausgeliefert. Im Bezirk Jampol hatten sich bereits in den letzten Monaten mehrere Angriffe regulärer polnischer Truppen auf sowjetrussischem Boden ereignet. Im Zusammenhang hiermit überreichte heute das Volkskommissariat des Auswärtigen der polnischen Gesandtschaft eine Protestdenkschrift. Ferner begibt sich eine gemischte Kommission an die Grenze, um Ermittlungen über die Angelegenheit anzustellen.

Die Massenausweisungen aus Polen

Ueber die empörend unmenschlichen Massenausweisungen deutscher Optanten aus Polen liegt jetzt genaueres Zahlenmaterial vor. Hiernach mussen am 1. August 20 000 Personen abgewandert sein; bis zum Ende des letzten Tagen bereits rund 7000 abgewandert. Am 1. November trifft dasselbe 208 etwa 2500 Personen, das sind solche Grundbesitzer, die im Umkreis polnischer Siedlungen angesiedelt sind. Bis zum 1. Juli 1926 müssen weitere 4500 Personen abgewandert sein; diese letzte Schar umfaßt die übrigen Grundbesitzer. In der Hauptsache sind es die, die deutsch erzogen sind, hauptsächlich Landwirte, Landarbeiter und Handwerker, die aus ihrer bisherigen Heimat vertrieben, zum Opfer der Berfeiler Bolkmitterungspolitik und der polnischen Unkultur werden.

Die Gegensätze zwischen Coolidge und Wilbur.

New York, 30. 7. (T. U.)

Bekanntlich tritt der Marinestaatssekretär Wilbur für eine erhebliche Verstärkung der Flottenstationen an der amerikanischen Westküste ein und wähte hierzu die „Los Angeles" und „Shenandoa" nach San Diego in Kalifornien verlegen. Die gesamte Oeffentlichkeit beschäftigt sich eingehend mit den Plänen Wilburns und mit dem

Ausbau der Flotte im Pacific.

Coolidge ist bisher gegen Japan gerichteten Rüstungen durchaus abgeneigt und versucht bei der im Kongreß Stimmung gegen die Verlegung der Luftschiffe zu machen. In der Politik Coolidge liegt es, alles zu vermeiden, was in Japan die öffentliche Meinung gegen Amerika erregen könnte. Die Pläne des Marinestaatssekretärs finden in Marinekreisen die weiteste Unterstützung.

Eintritt Raditsch' in die Regierung?

kbg. Wien, 30. 7. (Eigenbericht.)

Die Belgrader Skupschtina hat das Budgetprovisorium für August bis November mit 139 gegen 66 Stimmen angenommen. Der oppositionelle Block, der die kroatisch-serbischen Bauernpartei seit geblieben ist, hat gegen das Budget gestimmt.

Kennzeichnend für den Wandel der politischen Haltung der Raditsch-Partei ist ein Beschluß über einen bevorstehenden Eintritt von Stefan Raditsch in die Regierung. Es heißt, daß sein Agramer Parteigenosse Trusar sein Mandat zurückgeben werde, um Raditsch Platz zu machen.

kbg. Wien, 30. 7 (Eigenbericht.)

In Semlin sind am 28. Juli zwei junge Leute verhaftet, die angeblich aus Hamburg kommen und sich Hans Lepige und Ernst Hartung nennen. Angeblich sollen die beiden jungen Leute Mitglieder der Organisation „Konsul" sein. Die deutsche Gesandtschaft in Belgrad, von der die beiden jungen Leute Reisepapiere für Jugoslawien verlangt haben, bemüht sich um die Feststellung der Persönlichkeit der beiden.

Paris, 30. 7. (T. U.) Der „New York Herald" meldet aus Tokio, daß das japanische Kabinett unwiderruflich seine Rücktritt stehe.

Nachklänge aus dem Weltkriege.

Weshalb Staatssekretär Bryan zurücktrat.

e. **New York**, 30. 7. (Eigenbericht.)

Milton Miller, ein Freund des verstorbenen früheren Staatssekretärs Bryan, veröffentlicht Enthüllungen über den wahren Grund des Rücktritts Bryans von dem Amte als Staatssekretär im Juni 1915. Nachdem der damalige Präsident Wilson die zweite Lusitania-Note an Deutschland gerichtet hatte, ohne Bryan zu Rate zu ziehen, bat dieser seinen Rücktritt unter dem Vorwande, daß sein Gehalt unzureichend sei. Bryans Freunde behaupteten dagegen, daß seine Pazifismus die Trennung von dem

kriegerischen Wilson

verursacht habe. Miller erklärt nun, daß habe ihm 1920 mitgeteilt, die wirkliche Ursache seines Rücktritts sei gewesen, daß Wilson heimlich Bryans unverständlichte Note an Oesterreich über die österreichischen Ausfüllungen in den amerikanischen Munitionsfahrten geändert habe. Bryan gab dem Botschafter Dumba eine Abschrift seiner Note. Später aber erfuhr Dumba diese erst nach dem Eintritt Deutschlands und anderer Länder in den Völkerbund abgeschlossen werden, diesem aber nicht vorausgehen. Unter sei Moskau heute einem Vorschlage zum Eintritt in den Völkerbund nicht günstig gesinnt, und es sei daher zweifelhaft, ob man mit Rußland über diese Frage zu verhandeln. Hinsichtlich der deutsch-polnischen Grenze müsse gesagt werden, daß jedes Abkommen, das nur eine Grenze garantiere, die Frage einer anderen Grenze haggen ungelöst lasse, zum Krieg und nicht zum Frieden führe. Auch dem Eingreifen der Vereinigten Staaten gebe es jetzt in Europa keine deutsche Gefahr mehr, doch könne Polen freundliche Beziehungen zu diesem Nachbarstaat nicht sogleich herstellen, weil Deutschland Gebietsreste beanspruche, die früher zu Deutschland gehört hätten, die jedoch immer polnisch gewesen seien. Polen sei nicht gewillt, Oberschlesien oder die Ansprüche auf den Danziger Korridor aufzugeben.

Die Agrar- und Industriezölle.

Zweite Lesung im handelspolitischen Ausschuß.

Der Handelspolitische Ausschuß des Reichstages hatte am Donnerstag bei der ersten Lesung der Vollerlage noch den Teil der Agrarzölle zu beraten, der das Zolltarifgesetz der Vorlage regelt. Die Kompromißparteien wollen in einem Antrage den Reichsfinanzminister ermächtigen, den Zeitpunkt des Inkrafttretens des Zollgesetzes zu bestimmen. Er soll auch verschiedene Positionen zu verschiedenen Zeitpunkten in Kraft setzen können. Spätestens soll das Gesetz vom 1. Oktober 1925 ab Geltung haben, und es soll mit Ablauf des 31. Juli 1927 außer Kraft treten.

Ministerialdirektor Hoffmann: Es ist in Aussicht genommen, folgende Positionen mit einer Frist von 14 Tagen nach Verkündung in Kraft zu setzen: Getreide, Mehl, Müllereierzeugnisse, Vieh, frisches Fleisch und Speck. Die übrigen Zölle sollen mit der 1. Oktober d. Js. in Kraft treten, mit Ausnahme der Weinpositionen, die erst am 16. Oktober Geltung werden sollen, weil bis dahin der spanische Handelsvertrag noch gilt. In der Abstimmung wurden unter Ablehnung von demokratischen und sozialdemokratischen Renderungsanträgen die vorerwähnten Bestimmungen des Antrages der Kompromißparteien für das Inkrafttreten gegen die Stimmen der Opposition angenommen und damit die erste Lesung der Zollvorlage beendet.

Der Ausschuß wandte sich dann sogleich der zweiten Lesung der Vorlage zu; es wurde dabei mit den Agrarzöllen begonnen. Der zweiten Lesung liegen die Beschlüsse der ersten Lesung zugrunde.

In der Abstimmung werden unter Ablehnung von sozialdemokratischen und kommunistischen Renderungsanträgen die Beschlüsse der ersten Lesung unverändert gefaßt.

Bei den Positionen Fette und Oele verfallen sämtliche Renderungsanträge der Ablehnung. **Damit wird die zweite Lesung der Agrarzölle beendet und die Kompromißbeschlüsse der ersten Lesung werden bestätigt.**

Der Ausschuß wendet sich hierauf der zweiten Lesung der Industriezölle zu.

Verabschiedung des Notetats.

Im Haushaltsausschuß des Reichstages wurde zunächst der Notetat behandelt. Abg. Geck (Soz.) vor der Meinung, daß die Parteien ein Interesse daran haben müßten, wieder im Reich zu einer geordneten Finanzwirtschaft zu kommen. Die dritte Lesung des endgültigen Etats müsse unter allen Umständen noch vor den Reichstagsferien erledigt werden und dürfe keinesfalls auf viele Monate hinausgeschoben werden.

Abg. Erling (Zentr.) war mit dem Vorredner einig darüber, daß der endgültige Etat in der nächsten Woche erledigt werden müsse. Aber die Sozialdemokraten hätten in der Sache Sperrung des Reichsing unterstellt, die eine Sabotage bedeuteten, die dazu führen könne, daß der Vorsatz trotz guten Willens der übrigen Parteien nicht ausführbar sei, der endgültigen Etat noch vor den Ferien zu erledigen. Deshalb müsse man vorerst einen Notetat verabschieden.

Abg. Leicht (W. V. P.) wunderte sich darüber, daß im Haushaltsausschuß gegenüber den Beratungen im Plenum über die Behandlung der Gesetze so verschieden sein. Im Aeltestenrat klage immer die Opposition darüber, daß die Gesetze zu schnell und zu oft ohne ordnungsmäßige Prüfung durchgepeitscht würden. Hier im Haushaltsausschuß verlange aber dieselbe Opposition, daß ein Gesetz, nämlich der endgültige Etats noch vor den Ferien in aller Eile erledigt werde.

Der Notetat wurde alsdann mit Wirkung bis zum 30. November 1925 vom Haushaltsausschuß angenommen. Hierzu wurde ein Antrag des Abg. Reinke (Nat.) angenommen, der bezweckt, durch die zweite Ergänzung zum Haushaltsentwurf für das Rechnungsjahr 1924 in zweiter Lesung gewisse Nachtragsleistungen jetzt schon erstmalig beim Reichswehrministerium wie bei den übrigen Reichsministerien durchführt werden kann. Ferner wurde ein Antrag des Abg. Schmidt-Stettin (D. Nat.) angenommen, wonach der Reichsfinanzminister ermächtigt wird, den Hundertsatz des auszugleichenden Wohnungsbauzuschusses nötigenfalls auch über 100 % hinaus zu erhöhen. Schließlich wurde eine Entschließung des Abg. Steinfopf (Soz.) angenommen, derzufolge die im Etat 1925 genehmigten Stellen vom 1. April ab zu besetzen sind. Hierauf wurde der Notetat vom Ausschuß verabschiedet.

Halbe Wahrheit — ganze Unwahrheit.

Im „Vorwärts" ist kürzlich auf Grund von einigen letztlich erschienenen, die Besteuerung des Einkommens jenseits des Kanals behandelnden Broschüren das Lob des englischen Steuersystems in hohen Tönen gesungen worden. Das Existenzminimum für den alleinstehenden Jensten betrage etwa 2700 Goldmark; und wenn das Einkommen ausschließlich aus der Arbeit stamme, so erhöhe sich die Freigrenze auf 3000 Mark. Ein Verheirateter dürfe sich 4500 Mark abziehen, und wenn man Arbeitseinkommen vorliege, sogar 5000 Mark. Ein Familienvater mit drei Kindern sei bis 6800 Mark steuerfrei, während er in Deutschland 340 Mark Steuern zahlen müsse. — Das sei eine um so beschämendere Rückständigkeit unseres Finanzsystems, als wir uns immer eingebildet hätten, in Beziehung auf Sozialpolitik im allgemeinen und in der sozialen Ausgestaltung der Steuern im besonderen an der Spitze zu marschieren. Was die deutsche Regierung den Bezieherin kleiner Einkommen biete, hätte keine englische Regierung der Volksvertretung vorzulegen gewagt. — Alle diese Angaben über die schonende Behandlung der kleinen Einkommen im England sind vollkommen richtig. Eine Einschränkung sei zugegeben, daß die englische Einkommensteuer einzig in ihrer Art dasteht (mit aus Gründen, welche später noch berührt werden), daß sie ein finanzpolitisches Juwel sondergleichen ist. Trotzdem kommt der Artikel zu ganz falschen Schlußfolgerungen, weil er nur die halbe Wahrheit (und im Endergebnis eine ganze Unwahrheit) sagt. Denn er läßt

1. den Zusammenhang der englischen Einkommen- (und Nachlaß-) Steuer mit den Staatsausgaben vollkommen aus dem Auge. Demzufolge Klasse 1 Pfund Sterling in England diese Steuer aufbringen, fließen auch deren Erträge fast restlos wieder als Zinsen auf ihren Staatsinstitutsbesitz zu. — Damit, daß England, Wales, Schottland und Nordirland bei einer Bevölkerung von etwa 43 Millionen nur 2¼ Millionen Einkommensteuerzahler haben, ist in keiner Weise gesagt, daß die Nichtzensiten steuerfrei gelassen werden. Man hat vielmehr

2. der englischen Bevölkerung Verbrauchssteuern in einem Umfang aufgebaut, daß uns Deutschen die Haare zu Berge stehen.

ad 1. Das etat-Ausgabe für die englischen Staatsausgaben bilden die Consolidated Fund Services und dem Dienst der Staatsschuld (Gesamtverfordernis für 1924/25: 388 Mill. Pfd. St.) als wichtigsten Posten. Daneben kommen hier in Betracht die Ueberweisungen an die Gemeinden und an Nordirland; der Wegebau und Anlaßfonds, die Kron- und Eigenbedürfnisse. Das sind die Hauptfixk bilden die sogenannten Supply Services, d. h. die jährlich vom Unterhaus zu bewilligenden Ausgaben für die laufende Staatsverwaltung: Inneres, Indisches, Kolonial, Auswärtiges, Schatzamt, Kriegs-, Flotten-, Pensions-, Handels-, Arbeitsministerium usw. Es waren erforderlich für die

	Cons. Fd. Serv.	Supply Serv.
	Mill. Pfd. St.	
1923/24	344	406
1924/25	384	402
1925/26 (Voranschlag)	399	407

Die Erträge der Einkommen- und Nachlaßsteuer werden von den Consolidated Fund Services in Anspruch genommen, während die übrigen Einnahmen, in der Hauptsache die Verkehrssteuern (Stempel), die Zölle und die inländischen Verbrauchssteuern zusammen mit den Bruttoeinnahmen des (auch mit seinen Bruttoausgaben unter Supply figurierenden) Post-, Telegraphen- und Telephondien

MFA
Mikrofilmarchiv
der deutschsprachigen Presse e.V.

wirklichen Höhe der Einkommensteuer oder man muß für die notwendig werdende Ermäßigung der Schottischen Einkommensteuer eine Ersatz zu schaffen trachten.

Soeben wurde von einer „notwendig werdenden Ermäßigung der Einkommensteuer" gesprochen. Wodurch könnte eine solche Ermäßigung notwendig werden? Selbst in dem wegen seiner Steuermoral (mit Recht) gepriesenen England beginnen die Maschen des Gewissens und der Moral sich zu lockern. Aber in drei Staaten bereits vorgenommenen Herabsetzung der Einkommensteuer, von 6 auf 4 s von Pfund, sieht man, daß sich auch die ermäßigten Sätze nicht mehr lange werden aufrechterhalten lassen und weitere Abschläge immer bringlicher werden. Lloyd George, der Vater der niedrigsten englischen Einkommensteuer, jetzt auf der Oppositionsbank sitzend und zur Kritik der Regierung berufen, gab dieser Auffassung letzthin (Unterhausdebatte vom 15. Juni) sehr beredten Ausdruck:

Eine der größten Gefahren einer hohen Einkommensteuer sei die, daß sich dieses Mittel zur Erzielung eines großen Steueraufkommens rasch abnütze; es habe eine Grenze, die man auf die Dauer nicht überschreiten dürfe. — Wenn der Staat zu lange eine übermäßig hohe Einkommensteuer erhebe, so fördere er damit die Steuerhinterziehung zur Umgehung auf. In anderen Ländern habe diese Erfahrung bereits einen Umfang angenommen, daß die Finanzminister oft über das Aufkommen aus der Einkommensteuer enttäuscht waren. Wenngleich solches in England bisher noch nicht der Fall gewesen sei, so bestünde doch kein Zweifel darüber, daß immer mehr Menschen gefunden hätten und würden, und daß diese Bestrebungen in der Beibehaltung eines hohen Steuersatzes eine kündige Förderung erfahren. Könnte der Schatzkanzler eine Hoffnungen auf Ermäßigung der Steuereröffnen, so werde durch fortgesetzte Steuerhinterziehung das Aufkommen schließlich einen großen Abschlag erleiden.

So der Führer der liberalen Opposition im Unterhaus, der, den Standpunkt der Regierung sich zu eigen machend, den Wert gefunden hat, zu sagen, was auch in England — ist.

ad 2. Wer auf der einen Seite die rückschrittsvolle Belastung der kleinen Einkommen in England eifrig unter dem Gesichtspunkt, daß die Einkommensteuer nach Lage des Falles erst bei 2700, 3000, 4500, 5000, ja sogar erst bei 6000 Mark einsetze, der darf auf der andern Seite nicht verschweigen, daß der Verbrauch nirgends so schaf angefaßt wird wie in England. Ein paar markante Zahlen! Die englische Bevölkerung hat vor betrug pro Kopf im Kriege 14½ s per proof. Gall.; heute ist diese mit 72¾ s belegt (auf deutsche Verhältnisse übertragen, ergäbe das statt 30 Mark per Liter einen Alkohol!!). Die Brennereisteuer bringt heute in England rund 55 Mill. Pfd. St., d. h. 1,1 Milliarde Goldmark. — Das Bier trug vor dem Kriege eine Steuer von 7¾ s per Standard Barrel; heute trägt es 80 s (was etwa 50 Pfennig per Liter ausmacht!). Der Bierzriker entrichtet an den englischen Staatsfiskus eine Abgabe von nicht ganz 1½ Milliarden Goldmark Der Rohtabak war vor dem Kriege belegt mit einem Zoll von 3/4 s per lb. (a 453 Gramm), heute trägt er 8/6 s; er liefert dem Schatzkanzler weit über 1 Milliarde Goldmark. Die Zuckersteuer hat man von 1/6 s per Zentner vor dem Kriege auf 25/3 s erhöht. Die Zucker- und Zollsteuer im Jahre 1920 noch weniger als 840 Millionen Goldmark. Letzthin bildeten, ist sie immer noch sechsmal so hoch wie vor dem Kriege. Das Bezahlen zahlte vor dem Kriege keine eine Steuer; letzthin aber sog man aus dem Sport, Theaterbesuch usw. nicht weniger als 11½ Mill. Pfd. St. — Nehmen man die Erträge von der englischen Branntwein-, Bier- und Tabaksteuern zu sammen, so gelangt man auf fast 200 Millionen Pfund Sterling, d. h. auf rund 4 Milliarden Goldmark, auf einen jährlichen Betrag als Deutschland aus seiner ganzen Einkommen-, Körperschafts-, Erbschafts- und Umsatzsteuer zieht!

Weshalb kommt der englische Schatzkanzler den Besitzern von kleinen Einkommen so weit entgegen, um beim Verbrauch, besonders beim Verbrauch von Luxusbefriedigungsmitteln zu „Ladyig" zuzugreifen? Er hat nur einen ganz kleinen Teil zur Verfügung. Die englischen Arbeitgeber haben der Zumutung, die Einkommensteuer ihrer Arbeiter bei den Lohnverhandlungen einzubehalten, energischen Widerstand entgegengesetzt und die Rolle des Steuereinnehmers entschieden abgelehnt. Unter solchen Umständen wäre zur Erfüllung der Schatzkanzler durch die Einkommensteuer eine starke Ausdehnung des ganzen Verwaltungsapparates vonnöten; mit einem (wie der Engländer die Dinge sieht) Verhältnismäßig geringen Ertrag. „Es ging bisher auch so." England hat nur einmal das Glück, eine außerordentliche Steuer auf Besitzern größter Einkommen aufzuweisen; die haben Güter in den oberen Regionen liegen deshalb auch in England einigs Ansehende Erträge. Das ist die Angelsächsische Sachsen bemüht begnügt, nur ungefähr 25 Millionen Einkommensteuerzahler bei einer Bevölkerung von etwa 43 Millionen in seine Steuerlisten aufzunehmen. Ich bot er

Unpolitische Tagesschau.

Berlin, den 30. Juli 1925.

Abenteuer an Leopoldplatz.

Unter politischen Kinderchen.

Unter der Kirchentür am Leopoldplatz in Berlin N wird eine mächtige rote Fahne geschwenkt. Sozialistische Gläubige versammeln sich andächtig darunter; Gläubige nicht des Kreuzes, das hoch in den Abendhimmel ragt, nein, von Hammer und Sichel, den Insignien Moskaus, die sich darunter kummmeln.

Eine heisere Frauenstimme verkündet, oft sich überschlagend, was alles fluchwürdig ist, und mit lautem Nieder! Nieder! applaudiert die Menge.

Neugierig mische ich mich unter das Volk und benehme mich möglichst unauffällig. Bis zu dem großen Schlußpfeifer: der „Internationale". Da begebe ich einen Schönheitsfehler. Als die Andächtigen diesen Choral aller Utopisten entblößten Hauptes anstimmen, verhalte ich mich allzu porteilos, und schon hagelt es Anpöbeleien ringsum.

Zwar ist mir ein gewisses Maß von Zivilcourage nicht abzusprechen, zum Beobachten meines Feind, die um das lieben Friedens willen sich viel mehr gefallen läßt. Hier aber gegen den Strom zu schwimmen und etwa allein Schwarz-Weiß-Rot oder auch schwarz-weiß-blau Verfassungstreue zu bekennen, wäre hoffnungslos. Ich ziehe mich daher, da man mir eben vorlingt, daß die Internationale für Menschenrechte kämpft, auf ein „neutrales" Gebiet zurück und antworte mit verbindlichem Lächeln in gequetschtem Deutsch: „Ich nix deutsch, ich Franzosis!"

Diese Tiefstellung erwies sich jedoch als falsch. Denn nun hatte man die biederen Internationalisten selben sollen! „Franzosenhund! Dawes-Sklavi! Ruhrbesetzer!" so ging es los, und selbst über die Ruhrbesetzer, die ich angeblich unterbrochen sollte, kriegte ich was zu hören. Bis schließlich die Sache handgreiflich zu werden drohte und ich es doch vorzog, das Feld zu räumen.

Wäre ich ein richtiger Franzose gewesen, dann hätte ich es ruhig auf ein paar Beulen im Gesicht ankommen lassen. Für die „Ganztonen" wäre dann nachher schon gesorgt worden. Aber als Deutscher Deutschen gegenüber bin ich nun mal Pazifist. Und ihn Boxfest hätte mir meine im Kampfgewühl eventuell zerfetzten Hosen gewiß nicht repariert.

Con.

Der neue Reichsbahnpräsident.

Der neue Präsident der Reichsbahndirektion Berlin Dr. Stapff empfing Donnerstag vormittag im Dienstgebäude der Direktion die Vertreter der Berliner Presse. Er wies darauf hin, daß er seine Laufbahn in Berlin begonnen habe und mit den Verhältnissen in der Reichsbahnzentrale bestens vertraut sei. Er freue sich, daß er habe in seinen alten Wirkungskreis zurückkehren können, und hoffe die Hoffnungen erfüllen, daß es ihm gelingen werde, die Verkehrswünsche der Berliner Bevölkerung, soweit dies in seinen Kräften stehe, zu erfüllen.

Unveränderte Lage im Bauarbeiterstreik.

Die Lage in der Berliner Bauarbeiterstreik hat nach dem Scheitern der Verhandlungen vor dem Schlichter noch immer keine wesentliche Änderung erfahren, stentsprechend ist bisher von einem Eingreifen des Reichsarbeitsministeriums, wie es schon seit einiger Zeit vermutet wurde, trotzdem einen Gegenantrag der Tarifgemeinschaft, daß bereits 128 Baufirmen, darunter auch Mitglieder des Arbeitgeber-Bundes der Baugewerbe von Groß Berlin, die Forderungen der Arbeitnehmer unerkannt hätten, wies, wenn die Bauhandwerker bereits Betriebe, daß auch nur eine ihm angeschlossene Firma die Forderungen der Streikenden bewilligt habe.

Ueberschwemmung in Spandau.

Vor dem Hause Seidelstraße 25 in Zegel entstand ein Wasserbruch in einer Tiefe von 1½ Metern. Der Bürgersteig wurde in einem Durchmesser von 9—10 Metern aufgerissen und die Straße und ein tiefliegendes Kartoffelfeld überschwemmt. Die Ausbesserungsarbeiten wurden sofort begonnen. Der Schaden ist bereits behoben worden.

An den Fäschen gekommen.

Von der Pestalozzistraße in Charlottenburg wurde am 22. d. M. ein offener Protze-Wagen gestohlen, während sein Führer beim Mittagessen saß. Die Diebe waren, wie jetzt feststeht, ein ehemaliger Dentist Brachf und dessen Freund, den er nur beim Vornamen „Otto" nach kennen will. Die beiden führen mit dem erbeuteten Auto zunächst kreuz und quer durch Berlin und dann nach Köln. Hier kannten sie einen Händler, dem sie zutrauten, daß er ihnen den Wagen ohne weiteres abkaufen werde, um ihn über die Grenze zu verschieben. Sie hatten sich aber in dem Manne sehr getäuscht. Er war zwar bereit, den Wagen, dessen Erkennungsnummer die beiden Diebe geändert hatten, zu kaufen, verlangte aber die Papiere des Autos. Brachf erklärte, die hätten sie leider in Berlin verloren. Der Händler erwiderte, das mache nichts aus. Er habe soviele in Berlin zu tun, und so könne man das Auto bei ihm stehen lassen und mit der Eisenbahn gemeinsam nach Berlin fahren, um die Papiere zu holen. Im Berlin erledigte der Händler seine Geschäfte, um sich dann mit Brachf an verabredeter Stelle wieder zu treffen. Als dieser auch jetzt noch keine Papiere mitbrachte, verabredete der Händler mit ihm ein neues Zusammentreffen, triebe weitere Geschäfte vor, ging aber in Wirklichkeit zur Polizei, um nachzuhören, was es mit dem Auto auf sich habe. Da erfuhr er denn, daß es gestohlen war. Beim zweiten Zusammentreffen wurde Brachf von einem Kriminalbeamten festgenommen. Sein Freund „Otto" wird noch gesucht.

Koschat-Lieder im Lunapark.

Koschat-Lieder? Wer hört sie nicht immer wieder gern, diese schlichten, aber so gemütvollen und so von Herzen kommenden Volkslieder des Kärntner Dichtercomponisten Thomas Koschat! Das bekannte Original-Koschat-Quartett, bestehend aus den Herren Hans Pfaffl, Leo Mänling, Richard Wagner und Georg Haan, die sämtlich Mitglieder der Wiener Staatsoper sind, gibt gegenwärtig im Lunapark ein kurzes Gastspiel und erfreut seine begeisterten Zuhörer mit dem ausgezeichneten Vortrage einer Reihe von außerhalb Koschat-Liedern, die aus dem Kärtner Volksleben geschöpft sind. Die Wirkung der Gesänge ist wie bei allen künstlerischen Darbietungen, die freien naturgemäß nicht so abgerundet wie im geschlossenen Raum, manche Feinheiten gehen verloren, aber der Erfolg, den das ganz vorzügliche eingespielte Quartett bei seinem gestrigen ersten Auftreten erzielte, war dennoch ein durchschlagender. Ihrem Liede folgte lebhafter Beifall, und am Schluß mußte sich die Sänger nach dem Vortrage des berühmten „Kerschen hin i" noch zu mehreren Zugaben verstehen. Die Koschat-Lieder sind heute, nach mehr als zehn Jahren nach dem Tode ihres Verfassers und Komponisten, noch genau so populär und beliebt wie einst vor Jahrzehnten, als sie im Siegeszug durch die Welt tönten. —l—

Deutscher Schachtsongreß.

Im Hauptturmer A in Breslau ist mit der gestrigen Runde die Entscheidung gefallen. Der an der Spitze liegende Freiberg b. Holzhauer (Mährenland) gewann als Ersatzmann gegen den Hamburger Schümann. Gitz bogeben hat als Führer der schwarzen Steine durch Patt eine überraschende Niederlage hinnehmen müssen. v. Holzhausen hat eine Runde vor Schluß einen Vorsprung von 2 Punkten und damit den ersten Preis und auch den Meistertitel des Deutschen Schachbundes sicher. In der zweiten Runde des Hauptturniers B gewann mit den schwarzen Steinen Berg gegen Woop, als Ersatzende Wachsto gegen Koehl. Bolt gegen Luy und Hänlinger gegen Grelle. Es ist bei drei Runden aber der jugendliche Wiener Hänlinger als Nachziehender von Woehl (Hamburg) eine Niederlage hinnehmen. Es gelang ihm gestern nach Remis gegen Woop und als Nachziehender Wachsto gegen Berg. Die Partie Probst-Bolt mußte abgebrochen werden. Die Führenden sind bei der ersten Runde zwischen Woehl und Woop bezw. Luy und Probst endeten unentschieden. An der Spitze steht nun über Bolt mit 2 Punkten und einer Abgangsartie vor Hänlinger und Wachsto mit je 2 Punkten. Im Meisterturnier wurde die aus der sechsten Runde stammende Partie Grunfeld-Tarrasch ohne weiteren Kampf remis gegeben. Auch die zweite Partie Bernstein-Rubinstein nach einer Gesamtspielzeit von 13 Stunden unentschieden. Die Hängepartie Wagner-Reti wurde nach mehrstündigem Ringen zu Gunsten des Letzteren ent

MFA
Mikrofilmarchiv
der deutschsprachigen Presse e.V.

Auswüchse am Rohgummi-Weltmarkt.

Die Situation auf dem Welmarkt für Rohgummi wird immer toller. Der „Rubber-Boom" — in etwas anderer Form als der in früheren Jahren, als die Pflanzungswirtschaft ins Leben trat — ist, wie man sagen darf, über Nacht gekommen und hat die Masse angenommen, das sich nicht beschreiben läßt oder nur in spaltenlangen Berichten, wenn man alle Momente in Betracht ziehen will. Man muss die engen Beobachter Tagesereignisse unbedingt, um die „Rubber"-Stimmel kennenzulernen und zu erfahren, wie weit er um sich gegriffen und welche Auswüchse er schon geseitigt hat. Bei dem im Mai einsetzenden Anstieg der Kautschukpreise wollte sich auch Mann mit Rubber-Shares (Gummiplantanaktien) zunächst durchaus nicht im entsprechenden Verhältnis entwickeln; — heute scheint auch er in voller Hausse, und wenn es so weiter geht, wird die eine Gründung von neuen Pflanzungsgesellschaften der anderen unmittelbar folgen. Hinzu kommt, was besonders die Lage beleuchtet, die Tatsache, dass der künstliche (synthetische) Kautschuk von neuem aufsaucht, und zwar nicht nur in Deutschland (Hannover), sondern auch in Russland (Baku). Wer hätte das noch vor drei Monaten gedacht?

Die Preisrebsel führte gerade in allerletzter Zeit zu sehr starken Schwankungen des Marktes. Nachdem der Kurs für beste Plantaverare in London 4 a 6 d überschritten hatte, entstand ein Rückschlag bis auf etwa 4 sh 4¼ d bonerkbar. Schon am nächsten Tage wurde jedoch wieder ein Stand von ungefähr 4 sh 6 erreicht, der sich aber nicht halten konnte, denn die Schlussnotierungen lauteten wesentlich geringer, nämlich für geräucherte Ribbed Smoked Sheets 4 sh 2¼ d, August 4 sh 1 d, September 4 sh, Oktober-Dezember 3 sh 6 d, Januar-März 3 sh. Anderseeits gibt es in England zahlreiche Optimisten, die einen Preis von 5 sh und noch mehr für den Schluss des Monates voraussagen.

Der seit einiger Zeit immer schärfer hervortretende Kampf der Rohgummiverbraucher in England gegen die Restriktion dauert an; infolge der nicht zu überbeschaden Versorgung der Reifenpreise haben jetzt auch massgebende Körperschaften der Kraftwagenindustrie usw. gehörnische Erklärungen gegen die weitere Beibehaltung des Stevenson-Schemas veröffentlicht. Vorläufig bleibt jedoch das Kolonialamt noch hartnäckig, wie 'aus den letzten Interpellationen im Unterhause hervorgeht; doch dürfte die Lage der Regierung immer schwieriger werden. Wie aus Kuala Lumpur durch Kabel gemeldet wurde, hat das Straits-Gouvernement für den nächsten Monat neben der gesetzlichen Erhöhung der Exportquote weitere 9000 tons aus den Handelsreserve („uncouponed-Rubber") unter dem Höchstzoll für die Ausfuhr freigegeben. Die London-Vorräte haben beirgenn zu Anfang der letzten Woche nur noch 4050 tons, verringerten sich mithin gegenüber Ende 1924 um rund 25 000 tons. Inwieweit wurden aus nähere Angaben über den englischen Rohgummihandel im ersten Halbjahr 1925 bekannt. Hiernach belief sich (in 100 lbs) die Einfuhr auf 790 214 (gegen 701 983 in der Vorjahrszeit) und die Ausfuhr auf 1 144 472 (701 069); die letztere nahm demnach um ungefähr 45 % zu. Als hauptsächliche Bestimmungsländer kamen in Betracht die Vereinigten Staaten von Nordamerika mit 548 213 (319 167), Frankreich mit 198 330 (218 846), Deutschland mit 124 899 (82 991) und Russland mit 112 158 (9663). Die gesamte Rohgummieinfuhr der Vereinigten Staaten von Nordamerika betrug nach der Aufstellung der Rubber Association in den ersten sechs Monaten dieses Jahres 181 267 (154 816) tons, erhöhte sich mithin um ansähernd 17 %.

Zur Fusionsfrage in der Interessengemeinschaft der chemischen Grossindustrie.

Aus Frankfurt a. M. wird uns gemeldet: Zu einer in verschiedenen Blättern erschienen Meldung, wonach in der Frage der vollen Verschmelzung der Interessengemeinschaftswerke in Kürze mit weiteren Schritten zu rechnen sei, hören wir von gut unterrichteter Seite, daß vorläufig mit keinerlei neuen Fusionsmaßnahmen gerechnet werden kann. Die hohen Kosten einer solchen Zusammenschlusses und die aktienrechtlichen Schwierigkeiten seien so erheblich, dass an mit der Entscheidung wohl noch gute Wege habe, zumal die im Zuge befindliche Vereinheitlichung von Produktion und Verkauf, namentlich die Zusammenlegung der ausländischen Absatzorganisationen zu gemeinsamen Verkaufsgesellschaften die Leitungen der Konzernwerke noch sehr stark in Anspruch nehme. Aus Anlass der am 4. und 5. August in Frankfurt a. M. stattfindenden Beratungen der Interessengemeinschaftswerke ist also irgendwelche Beschlüsse in der Fusionsfrage nicht zu erwarten.

Die Krise der rheinisch-westfälischen Eisenindustrie.

Eine Vorstandssitzung der nordwestlichen Gruppe des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller beschäftigte sich mit den wichtigsten Fragen der rheinisch-westfälischen Eisenindustrie. Allgemein wurde die Lage als sehr ernst-ernstlich bezeichnet und die jetzige Krise vor 50 Jahren verglichen. Es wurde betont, dass sicht die Wirtschaft gegen jede weitere Belastung wehren müsse. Hierbei wurde auch darauf hingewiesen, dass die Löhne seit Januar vorigen Jahres im Durchschnitt um mindestens 50 % gestiegen worden seien, und dass es so nicht weitergehen könne. Bei Besprechung des Saarabkommens beschlossen der Vorstand, sich dem Vorgehen der Rohstahlgemeinschaft anzuschliessen und vertrat den Standpunkt, dass der Abschluss eines solchen Abkommens erst dann möglich sei, wenn zwischen der Ruhr- und Saarindustrie eine Verständigung stattgefunden habe. Der Vorstand beschloss ferner statistische Erhebungen über die Lage der einzelnen Mitglieder und über die Gesamtlage der rheinisch-westfälischen Eisenindustrie in die Wege zu leiten. Schliesslich beschränkte der Vorstand den Bau einer Schnellbahn durch das rheinische Industriegebiet und die Pläne, betreffend den Bau des Rhein-Scheldekanals und den Ausbau des Mittellandkanals, bei der jetzigen Wirtschaftslage als undurchführbar. Schliesslich bleibt noch zu erwähnen, dass vor Eintritt in die Tagesordnung der Vorsitzende des Vorstandes Kommerzienrat Springorum mit anerkennenden Worten für seine bisherige Tätigkeit als stellvertretender Vorsitzender das Urkunde über seine Ernennung zum Ehrenmitglied überreichte.

Zum Rückgang des Schrottverbrauchs.

Zu der vor einigen Tagen durch die Presse gegangenen Meldung, die grossen Werke von Rheinland-Westfalen hätten den Schrotteinkauf eingestellt, wird von der Vereinigung der Schrottverbraucher in Düsseldorf mitgeteilt, dass die Nachricht in dieser Form nicht zutrifft. Einzelverbraucher hätten infolge der seit einiger Zeit andauernd ungünstigen Wirtschaftslage die Betriebe eingeschränkt oder zum Teil stillgelegt werden müssen. Dadurch seien sowohl Schrottbedarf wie -vertrauch erheblich zurückgegangen. Von einer Einstellung des Einkaufs oder einem Beschluss, den Einkauf einzustellen, könne aber keine Rede sein.

Albert Molineus †.

Geh. Kommerzienrat Dr.-Ing. h. c. Albert Molineus ist im Alter von 70 Jahren nach kurzer Krankheit nach arbeitsreicher und erfolgreicher Tätigkeit aus dem Leben gerissen worden. Der Verstorbene zählt zu den hervorragendsten Industriellen des Wuppertales und hat sich auch durch sein Wirken im Dienste seiner Vaterstadt ausgezeichnet. Seine Bedeutung ist auf den Gebieten der Kunst, Wissenschaft, Heimatliebe und des Verkehrs hervorragende Verdienste erworben. Ihm ist es zu danken, dass in Wuppertal in den 90er Jahren die ersten deutschen Farbbänder für Schreibmaschinen hergestellt wurden. Hachst und Industrie haben durch ihn zunächst in der Barmer Handelskammer und später in der Kammer für den Bergischen Industriebezirk eine entschiedene und wirksame Förderung erfahren. 37 Jahre war er Mitglied und 19 Jahre Vorsitzender des Aufsichtsrates der Bergisch-Märkischen Industriegesellschaft. Im Konzern der Deutschen Bank war er 21 Jahre Aufsichtsratsmitglied, nachdem er zuvor 19 Jahre lang Aufsichtsratsmitglied der Bergisch-Märkischen Bank gewesen war, die bekanntlich später in die Deutsche Bank übergegangen ist.

Die Ernteaussichten in Litauen.

Wie aus den Meldungen der Landwirtschaftskorrespondenzbüro hervorgeht, wird der Ertrag der Getreidestand im vergangenen Jahr in diesem Jahr der Winterroggen um 35 % und der Winterweizen um 15 % höher bewerten. Der diesjährige Stand des Sommergetreides wird dagegen dem des letztjährigen gleichgestellt, wobei Roggen und Weizen als mittel bezeichnet werden. Gerste steht stellenweise über mittel. Der Hafer ist durch das ungünstige Juniwetter zurückgegangen und muss im allgemeinen als unter mittel bezeichnet werden. Flachs ist in den meisten Ortschaften als mittel zu betrachten. Jedenfalls kann in Litauen nicht mit einer so günstigen Ernte gerechnet werden, wie die Berichte im Mai und zum Teil noch im Juni lauteten.

Valutamarkt.

Berliner Devisen:	Datum letzt.	30. 7. Geld	30. 7. Brief	29. 7. Geld	29. 7. Brief
Buenos-Aires		1,691	1,695	1,691	1,695
Canada	7½	1,727	1,731	1,728	1,732
Konstantinopel		1,929	1,933	1,929	1,933
London	5	20,379	20,431	20,376	20,428
New York	4½	4,195	4,205	4,195	4,205
Rio de Janeiro		0,493	0,495	0,491	0,493
Amsterdam	4	168,29	168,71	168,29	168,71
Brüssel	8½	19,38	19,42	19,40	19,44
Budapest	9	57,40	57,54	57,40	57,54
Bulgarien	9	80,90	81,10	80,90	81,10
Danzig	7	81,965	82,165	81,965	82,165
Italien	7	15,43	15,46	15,34	15,40
Jugoslawien	9	7,457	7,473	7,457	7,473
Kopenhagen	7	96,03	96,27	95,59	96,23
Lissabon	9	22,815	22,875	22,815	22,875
Paris	6	19,32	19,37	19,20	19,24
Prag	9	12,43	12,47	12,43	12,47
Schweiz	4	81,43	81,63	81,43	81,63
Belgrad	9	5,035	5,045	5,035	5,045
Spanien	5	60,67	60,83	60,77	60,93
Stockholm	6	112,71	113,01	112,71	113,01
Budapest	9	5,895	5,915	5,895	5,915
Wien, Kopenh.	10	89,067	89,267	89,067	89,267
Athen	15	5,69	5,71	5,69	5,71

Kurse in R.-Mk. für 1 Pfd. 1 Dollar, 1 argentin. Peso, 1 Milreis, 1 Yen, 100 000 ungar. Kronen, Drachme 100 Einheiten.

Am Berliner Devisenmarkt waren heute die Devisenbewegungen der Landustie und des Handels gering, die Ablieferungen aber bemerkenswert gross, da man sich zum Monatsende Geld machte. Paris lag fester, auch Mailand erholt, Oslo und Kopenhagen erlitten keine erheblichen Schwankungen mehr. — Am Geldmarkt war Geld auf einige Tage mit 9—11 % schwer zu haben. Privatdiskont unverändert 7¾ für beste Sichten.

Zur Kurs-Entwicklung der Zloty-Valuta bemerken, dass der eigentliche Markt hierfür Danzig ist, wo allein Devisenbeträge Umsätze tätigen. Die Versuche von polnischer Seite, die Bewegung auf Spekulation zurückzuführen, sind insofern irreführend, als ausländische Gelder in Polen bereits vorhanden sind, und daher auf den ausländischen Börsenplätzen nicht auch in Berlin eine Spekulation sich nicht entwickeln kann. Der gestrige Kursrückgang dürfte vielmehr auf Angstverkäufe für polnische Rechnung zurückzuführen sein, unter Umgehung der polnischen Devisengesetze. Zloty gegen Dollar stieg heute vorübergehend bis auf 8,80, kam aber eine Erholung ein auf 5,50 auf die Interventionen der polnischen Regierung.

Oesterreichisch-Alpine Montangesellschaft, Wien.

In der Verwaltungsratssitzung wurde Wilhelm Kux zum Präsidenten, Dr. Albert Vögler zum ersten und Dr. Arthur Salomonsohn zum zweiten Vizepräsidenten gewählt.

Vereinigte Königs- und Laurahütte.

In dem unter der Ueberschrift „Laurahütte" im Donnerstagmorgenblatt der DAZ. gebrachten Artikel über die Milliarden-Schuldenzeg aus dem ostoberschlesischen Montanrevier darstellte) war von unserem Breslauer Berichterstatter u. a. erwähnt worden, dass der Bestand der Vereinigte Königs- und Laurahütte Aktien, die mit einem Aktienkapital von 50 Mill. Mark übertragen wurden an von Beteiligten Seite werden wir darauf aufmerksam gemacht, dass die Gründung einer polnischen Gesellschaft für den angegebenen Zweck erst am gleichzeitigen Erwerb und Gegenstand von Verhandlungen zwischen der polnischen Regierung und den Organen der Vereinigten Königs- und Laurahütte A.-G. gewesen ist, dass aber die polnische Gesellschaft bis zur Stunde noch nicht gegründet worden ist; auch hat noch keine Verlegung des Sitzes der Gesellschaft stattgefunden.

Schultheiss-Patzenhofer Brauerei A.-G., Berlin.

Der Erwerber des Aktienpostens der Aktienbrauerei zum Hasen in Augsburg, dessen Bestzwechsel wir schon mitteilten, ist nach der „Münch.-Augsb. Abendztg." die Schultheiss-Patzenhofer Brauerei A.-G.

Reichs-Kredit-Gesellschaft A.-G., Berlin.

Wie wir hören, sind die Herren Geheimer Kommerzierat Dr.-Ing. h. c. Conrad v. Borsig, Direktor Hans Kraemer, Kommerzienrat Dr. Hermann Schmitz (Badische Anilin) in den Aufsichtsrat der Gesellschaft eingetreten.

Westbank A.-G., Frankfurt am Main.

In der Generalversammlung wurde die mitgeteilte Reichsmarkeröffnungsbilanz per 1. 1. 1924, welche nach einer Umkapitalisierung von 1 000 000 R.-M. bei einer ordentlichen Reserve von 400 000 R.-M. verwendet wurde, genehmigt. Ferner wurde der Abschluss für 1924 anerkannt, der dividendenlos bleibt. Die 6000 M. Reingewinn werden vorgetragen. Die Verwaltung beantragt der Erhöhung des Aktienkapitals um ebb nom. 1,2 Mill. zu. Eine Erhöhung um 200 000 R.-M. wird sofort durchgeführt, während für die restlichen 1 M. M. der Kapitalzugabe bis 31. Dezember 1926 läuft. Neu in den Aufsichtsrat waren gewählt Direktor Bernhard Weiss (Bank für Elsass-Lothringen) und Dr. Bruno Lincke (als Vertreter der neuen Majoritätsinhaber).

Zusammenschluss im Versicherungsgewerbe.

Die seit 1846 bestehende Brandenburger Versicherungs-Gesellschaft, die bekanntlich mit der Versicherungs-Gesellschaft Westfalia in Dortmund und mit der Mitteldeutsche Versicherungs-A.-G. zu einer Gesellschaft mit 4 Mill. Mark, hat ihr Aktienkapital auf 4 Mill. R.-M. erhöht und hat neuerdings mit der Orion-Versicherungs-A.-G. sich zu einer Interessengemeinschaft zusammengeschlossen. Die Brandenburger Versicherungs-Gesellschaft wird fortan alle Sachversicherungsweige für gemeinsame Rechnung und unter gemeinsamer solidarischer Haftung betreiben. Der Gemeinschaft steht ihr Brandenburger Lebens-Versicherungs-A.-G. nahe, für welche die Organisationen der beiden Gesellschaften verwertet werden sollen. — Die Generalversammlung der Orion-Versicherungs-A.-G., Hamburg, genehmigte einstimmig den Sirius-Versicherungs-A.-G. abgeschlossenen Fusionsvertrag und beschloss unter der Erhöhung des Aktienkapitals um 600 000 M. Von den Aktien werden gemäss dem Fusionsvertrag 400 000 M. Aktien den Aktionären der Sirius-Versicherungs-A.-G. zur Verfügung gestellt, während der Rest den bisherigen Aktionären im Verhältnis von 10 : 1 zum Bezug angeboten werden soll. — Die Generalversammlung der Sirius-Versicherungs-A.-G., Hamburg, beschloss, 1250 R.-M. betragende Reingewinn für 1924 vorzutragen. Ferner wurde der mit der Orion-Versicherungs-A.-G. abgeschlossene Fusionsvertrag, wonach die Sirius-Gesellschaft unter Ausschluss der Liquidation am 1. Juli 1925 auf die Orion-Versicherungs-A.-G. übergeht, genehmigt.

Neue Konkurse.

Die gesperrten Orinsmaen zeigen das zuständige Amtsgericht an; die Daten sind letzte Anmeldeunten. Eisenach: Sirius-Versicherungs-Akt.-Ges.; 20. 8. 25. — Essen, Ruhr: Fa. A. Gellhaupt, Ges. m. b. H.; 26. 8. 25. — Frankfurt, Main: Concordia, Ges. für Bergbau, Industrie-Produkte, G. m. b. H.; 5. 9. 25. — Fulda: Fa. Schulz und Kaplan; 10. 8. 25. — Halle, Saale: Kunwaren-Grosshandlung Paul Weier; 15. 8. 25. — Hamburg: Kim. Paul Conrad Kromm; 19. 9. 25. — Kln. Ernst Hermann Schmitz; 19. 9. 25. — Kö. Fa. J. u. E. Wangenheim, G. m. b. H.; 24. 8. 25. — Fa. Franz Willtek A.-G.; 24. 8. 25. — Konstanz: Off. Handelsges. Frank u. Hermann; 12. 8. 25. — Langendreer: Einkaufsgenossenschaft der Bäcker und Konditoren des Amtsgerichtsbezirks Werne a. G. m. b. H.; 31. 8. 25. — Mehrungen: Sägewerksbesitzer Paul Wenger in Horn; 20. 8. 25. — Nürnberg: Off. Handelsges. in Fa. Friedrich Haag Nachf.; 29. 8. 25. — Ortelsburg: Fa. Oriebsburger Lebensmittel- und Konfitürengeschäft, Inh. Gustav Trzaska; 26. 8. 25. — Spandau: Fa. Spandauer Schuhfabrik Akt.-Ges.; 12. 8. 25. — Stettin: Fa. Otto Hoffmann, Gesellschaft mit Fobt ei Heimes; 31. 8. 25. — Zerbst: Fa. Carl Reisener; 13. 8. 25. — Zwenkau: Fa. Havaria, Fabrikation chemisch-kosmetischer Artikel, G. m. b. H.; 13. 8. 25.

Güterverkehr Deutsche Reichsbahn — Deutsche Reichsbahn im Durchgang durch das Saargebiet.

Mit Gültigkeit vom 1. August 1925 ist der Anhang zum Eisenbahn-Güterartif Deutsche Reichsbahn-Sachsenbahn Kraft gesetzt, durch den der Güterverkehr zwischen bestimmten Stationen der Reichsbahndirektionen Ludwigshafen (Rhein) und Trier unterinander sowie zwischen bestimmten Stationen der Reichsbahndirektionen Köln und Trier einerseits und den Stationen der Reichsbahndirektionen Karlsruhe, Ludwigshafen (Rhein), Mainz, Stuttgart und des Bayerischen Staatsbahnen andererseits im Durchgang durch das Saargebiet geregelt wird. Die Anwendung dieses Durchgangstarifes erfolgt nur in Verbindung mit Tarifen für die Bestimmungsstaaten des Tarifs ein Beförderungsweg über das Saargebiet vorgesehen ist. Der Abschluss der Beförderungsverträge und der Frachtbrief vorschreiben. Als Frachtrecht gilt das Internationale Uebereinkommen. Die Fachberechnung erfolgt in den durch den Tarif bestimmten Stationsverbindungen für die ganze Beförderungsstrecke (Reichsbahn und Saarbahnen) nach den Bestimmungen der Binnentarife der Deutschen Reichsbahn. Die Sendungen sind mit Frachtkarte abzufertigen.

Berliner Börse.

30. 7.

Lustlos.

Die verschiedenen Meldungen über die Gewährung größerer Kredite an die Landwirtschaft bezw. die Ruhrindustrie, die der gestrigen Börse einige Anregung brachten, haben sich nicht bestätigt. Die Spekulation schritt daher zu Abgaben, so dass die Tendenz zu Beginn einen schwächeren Charakter annahm. Erhöht wurde die allgemeine Mistimmung durch die Tatsache, dass ein größerer Posten Phönix-Aktien an den Markt kam, wobei sich die Spekulation beteiligte; soll; auch verlautet schon jetzt, dass an eine Dividendenverteilung beim Phönix nicht zu denken sei. Die Geldknappheit hat sich weiter verschärft; jedenfalls war tägliches Geld unter 9—11% nicht zu haben. Trotzdem scheint der Ultimo ziemlich glatt zu verlaufen. Die Geschäftstille kann kaum mehr übertroffen werden.

Montanbesitzer eröffneten mit 61¾ (—1), schwächer waren ferner Bochumer 63 (—1½), Harpener 100 (—1¼), Phönix 75¾ (—1½), Stinnes-Riebeck 73 (—1). Kaliwerte waren behauptet. Chemische Papiere gaben weiter nach, wenn auch unwesentlich. Von Elektrowerten büßten Accumulatoren 2% (111¾), Siemens u. Halske 1% (745) ein. Von Maschinenfabriken und Metallwerten waren auch heute die meisten gesträhen. Bank- und Schiffahrtswerte waren ungefähr gehalten.

Heimische Anleihen lagen weiter schwach, da geringes Angebot sehr stark auf die Kurse wirkte. 8% Reichsanleihe gaben — B.) kam ein Kurs von 0,38 (vorgestern 0,51) zustande. 6% Reichsanleihe war leicht abgeschwächt, 0,30—0,325%. Schutzgebietsanleihe 4,375%—0,36. Kleine bundesstaatliche Anleihen gaben weiter nach, ebenso alte Pfandbriefe; Preuss. Pfandbriefe gaben von 5,625% auf 5,50 nach. Zwangsanleihe wird laut amtlicher Verfügung nicht mehr notiert.

Späterhin konnte sich eine Erholung anbahnen, da sich im Gegensatz zu den gestern an der Börse kursierenden Meldungen herausstellt, dass sich die Situation unter den englischen Bergarbeitern eher verschärft hat; unsere gestrigen, aus London vorliegenden Meldungen haben Spekulanten von einem Abblassen des Streiks nichts gemeldet. Inzwischen sind im englischen Kohlengebiet schwere Unruhen ausgebrochen.

Amtlich nicht notierte Werte:

Adler Kohle 3, Becker Kohle 3¾—4, Becker Stahl 0,4, Benz 3¾—4, Dtsch. Evaporator 0,15, Deutsche Petroleum 64—66, Dauer Forzellan 36, Feuersuch. Porz. 32—33, Gerwalde Comm. 40, Glückauf 0,7, Grosskraftw. Frank. 73—74, Gummi Elbe 120, Hochfrequenz 27—68, Internat. Petrol. Union 36—37, Kabel Rheydt 135 G., Schebera 40—41, Julius Schöl 27—28, Stoewer 60—65, Zeitz Sährwerk 7—7½, Ufa 60—61, Vereinsbank 92—94, A.-G. für Kalilind. 132—138, Benthe Kali 2—2,1, Hallesche Kali 106—107, Hansaeatische Kali 20—21, Salzdetfurth 90—95, Kriegsanleihe 30¼ bis 30¾, Wintershall 60—62, Cie. Hisp. Am. d. El. 6 Proz. Rtbs. 35¼, Dtsch. 6 % ausw. Rtbr. 3,46, do. Aktien Lit. A 109¾, Diamond shares 19—19¼, Sallinera 202—206, Sloman 4¼—5, Südtirol-Phosphat etwa 41¾.

Hallesche Börse.

Amtsmnd. Papier	30. 7. Kali	29. 7. Kali
Grüne Papier	119,0	127,0
Blaue Papier	94,5	96,0
Sammlg. Zucker	89,0	93,0
Ind. Kaliwerte	0,75	0,8
Südwestdtschl.	40,0	40,0
Stoewer Werke	40,0	41,0
Wagg. G. Lindner	60,0	61,0
Westfäl. Stifte	65,0	65,75
Zeitzer Mash.	—	—
Teilbsch. Dachr.	80,0	80,0

Halle-Bit. Bisch.	30. 7. Kali	25. 7. Kali
Hall. Pflanzenzch.	63,0	62,5
Hallesche Kali	19,0	19,5
Werach.-Wintersh.	120,0	128,0
Brauhs. Halle	—	—
Kathe A.-G.	17,0	17,0
Kathe Nachf. A.-G.	40,0	40,0
Beckert, Glas	—	—
Hallesche Brauerei	52,0	53,0
Freiliter Brk.	87,0	86,0

Konjunkturforschung auch in Russland.

Die staatliche Plankommission (Gosplan) hat eine Abteilung für weltwirtschaftliche Konjunkturforschung ins Leben gerufen. Die Abteilung stellt sich die Aufgabe, die weltwirtschaftlichen Tatsachen und Vorgänge zu studieren. Sie besitzt bereits einen Konjunktur-Bericht, der die russische Wirtschaft beobachtet und u. a. auch die „Gosplan-Indexzahlen" berechnet. Zwecks Ausbau der Abteilung für wissenschaftliche Forschung soll eine enge Verbindung hergestellt werden. Ebenso auch die Abteilung Verbindung mit den ausländischen Botschaften mittels geheimer telegraphischer und schriftlicher Berichterstattung. Ein telegraphischer Auszug aus den Indexzahlen ist bereits mit Prof. Irving Fischer vereinbart worden.

Berliner Börse

30. Juli

Freiverkehrswerte	Einheiten	Notierungen
Bank- usw. Werte	—	2,9
Bank f. Bauw.	1,5	1,5
Barmer Bankverein	1,12	1,12
Bayer. Spr. u. Wasser	0,2	0,2
Berliner Bank	117	117
Berliner Handels-Ges.	127,25	127,5
Commerzbank	96,5	96,5
Dt. Bank	114,5	114,5
Dresdner Bank	117	116,5
Frankfurter Bank	106,25	106,5
Frankfurter Hypo.	100	100
Frankfurter Pfandbr.	83,5	83,5
Frankfurter Kredit	99,25	99,25
Frankfurter Ver.	77,75	77,75
Leipziger Kredit	123,5	124
Pfälzer Hypo.	73,75	73,5
Reichsbank	142	142
Rhein. Hypo.	69,87	69,5
Schaaffhausen	73,87	73,75
Schles. Bodenkr. (Pfr.)	73,5	73,5
Badische Bank	73,5	73,5
Dtsch. Asiatic Bank	—	—
Dtsch. Ostafr. Bank	—	—
Dtsch. Orient	49,25	50,5
Dtsch. Ost. Bank	—	—
Dtsch. Ost. Pfandbr.	—	—
Dtsch. Ost. Pfandbr.	—	—
Dtsch. Ost. Pfandbr.